

Gericht bremst Bau aus

Stadt Burgbernheim geht in die nächste Instanz und will Gehweg wie geplant fertigstellen

VON KATRIN MERKLEIN

BURGBERNHEIM – Der Gehweg in der Schulstraße und im Hornungswiesenweg in Burgbernheim kann vorerst nicht fertiggebaut werden. Probleme mit der Eigentümerfamilie des angrenzenden Grundstücks, die den Bau nun quasi zum Erliegen brachten, sollen vor Gericht gelöst werden. Das entschied der Stadtrat am Donnerstagabend.

Bürgermeister Matthias Schwarz brachte das Gremium zunächst auf den aktuellen Stand. Der Gehweg, der an drei Seiten um das besagte, unbebaute Eckgrundstück führt, war eingesackt, weshalb er dringend erneuert werden musste. Die Beschädigung begrenzte sich genau auf den Bereich, der um das Grundstück führt. Der Grund dafür sei wohl die Nicht-Bebauung war in der Sitzung zu vernehmen. Das Grundstück ist etwas tiefer gelegen als die Straße, regelmäßig steht Wasser in der Wiese, das drücke nach außen.

Nachdem der alte Gehweg zurückgebaut war und der neue eingesäumt werden sollte, informierte die Stadt die Familie in einem Schreiben darüber. Dies war notwendig, da die Randbetonsteine schräg nach unten abfallen, wie Schwarz im Gespräch mit unserer Redaktion erklärt. Das

bedeutet, dass etwa 25 Zentimeter der Randsteine, unterirdisch, auf dem Privatgrund liegen. Die Bauweise sei die gleiche, wie zuvor auch, erklärte Schwarz.

Die Familie habe der Stadt in der Folge ein Betretungsverbot ausgesprochen und vor dem Verwaltungsgericht Recht bekommen. „Die Eigentumsrechte überwiegen“, so Schwarz.

Alternativen gehen richtig ins Geld

Eine Alternativlösung könnte mit dem Einsatz von L-Steinen erfolgen, allein dafür würden 30.000 bis 40.000 Euro mehr an Kosten anfallen. Dann würden jedoch sämtliche dort verlegte Kabel, Strom und Telekommunikation, „beerdigt“ werden. Gebe es in diesem Bereich einen Schaden, käme man nur mit großem Aufwand dran. „Die Alternative steht in keiner Relation“, sagte Schwarz. Weiter Richtung Straße zu rücken scheide aus, da der Gehweg dann zu schmal werden würde. Alle Kabel neu zu verlegen würde ebenfalls den Kostenrahmen sprengen.

Auch, da „nahezu alle Bauplätze“ in Burgbernheim von dieser Gehwegbauweise betroffen seien, habe der Fall nun Präzedenzwirkung, so Schwarz. Die Anwältin der Stadt habe geraten Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof einzu-

reichen, es gebe „Ansatzpunkte“. Die Chancen sieht Schwarz bei „50:50, probieren sollten wir das aber.“

Zweiter Bürgermeister Stefan Schuster nutzte die Öffentlichkeit der Sitzung, um an die Familie zu appellieren. Grund- und Bodenrechte hätten einen hohen Rechtswert, das solle auch so sein. Unabhängig dessen forderte er, sich „gemeinsam an einen Tisch“ zu setzen und eine Lösung zu finden. „Das ist Geld der Bürgerschaft, das hier verbraten wird und nicht im Sinne der Allgemeinheit“, sagte Schuster.

Härter waren die Worte von Dietmar Leberecht (SPD), dem sich nach dem Gehörten nicht nur die „Nackenhaare sträuben“ sondern sogar auch der „Magen umdreht“. „Das ist ein soziales Verhalten. Wir wären doch bescheuert, wenn wir uns von so jemanden drangsalieren lassen. Wir müssen den Rechtsweg gehen.“

Mehr Sicherheit durch Bordsteinkante

Karl-Otto Mollwitz (SPD) machte den Vorschlag, alternativ über eine Spielstraße nachzudenken, da dort unter anderem der Hauptschulweg verlaufe. Hartmut Assel (CSU) fand, dass ein abgegrenzter Bordstein richtig sei, da die Schulstraße „hochfrequentiert“ sei und die Hauptachse zu den beiden Verbrauchermärkten



Der Gehweg in der Schulstraße und im Hornungswiesenweg war in einem schlechten Zustand und muss erneuert werden. Foto: Katrin Merklein

und zur Schule ist. Die Bordsteinkanten seien bereits gesetzt, Alternativen zu überlegen, mache vor einer Gerichtsentscheidung noch keinen Sinn, so Schwarz.

Martin Schwarz (SPD) findet das Verhalten der Familie „zwar nicht in Ordnung“, könne es als eine Art Trotzreaktion „aber schon auch verstehen“. „Sie wollten kein Baugebiet da und haben eines vor die Nase gesetzt bekommen.“ Das sei über 30 Jahre her, es habe mehrere Angebote der Stadt zum Abkauf sämtlicher

Grundstücke der Familie gegeben, antwortete der Bürgermeister.

Das Gremium entschied einstimmig, dass Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht werden soll. In etwa zwei bis drei Wochen erwartet Schwarz eine Entscheidung. Je nachdem, wie diese ausfalle, werde man Alternativen überlegen, oder nicht. Bis dahin bleibt der provisorische Fußgänger-tunnel bestehen, um die Sicherheit gerade für Schüler in diesem Bereich zu gewährleisten.